



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 148. Ratssitzung vom 9. Juli 2025

4846. 2025/177

Weisung vom 07.05.2025:

Finanzverwaltung Nachtragskredite I. Serie 2025

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentliche Nachtragskredite bewilligt:

Ordentliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	30 912 200
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	7 543 900
Total	38 456 100

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentliche Kreditübertragungen bewilligt:

Ordentliche Kreditübertragungen	Betrag
Erfolgsrechnung	+11 757 600 -12 267 600
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	+2 520 000 -2 010 000
Total	0

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende dringliche Nachtragskredite genehmigt:

Dringliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	4 697 000
Investitionsrechnung	7 595 000
Total	12 292 000



Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt Sven Sobernheim (GLP), Präsidium die Weisung zu den Nachtragskrediten I. Serie 2025 vor und vertritt die Kommissionsmehrheit zu den Dispositivziffern 1–3.

Sven Sobernheim (GLP): *Gemäss geltendem Recht muss der Stadtrat für nicht budgetierte Aufwendungen einen Nachtragskredit beantragen. Die entsprechenden Anträge werden zweimal jährlich gebündelt zur Abstimmung vorgelegt. Heute steht der erste Teil zur Diskussion. Der Stadtrat beantragt ordentliche Nachtragskredite im Umfang von 38,5 Millionen Franken, ordentliche Kreditübertragungen in Höhe von 14 Millionen Franken sowie dringliche Nachtragskredite über 12,3 Millionen Franken. Letztere wurden de facto bereits verwendet. Zu Fragen und Diskussionen haben folgende Themen geführt: Für das neue digitale Verwaltungsverfahren, das der Regierungsrat beziehungsweise der Kantonsrat beschlossen hat, wurde viel dringliches Geld benötigt. Die Nachtragskredite betreffend das Insourcing der Reinigungsleistungen, die Schutzraumkontrollen sowie die Antisemitismusstelle haben Anträge ausgelöst. Ein weiterer Diskussionspunkt war die neue Spesenregelung der Schulleitungen. Eine Mehrheit der Kommission beantragt – mit einigen Abweichungen bei einzelnen Anträgen – die Zustimmung zu den Krediten. Dass man nicht alles 1,5 Jahre im Voraus budgetieren kann, ist logisch.*

Kommissionsminderheit zu den Dispositivziffern 1–3:

Johann Widmer (SVP): *Wieder einmal geht es um Nachtragskredite – für zusätzliche Stellen, mehr Kultur, neue Tablets und allerlei weiteren Bedarf. Vieles davon könnte unserer Meinung nach bis zum nächsten Budget warten. Wir fragen uns ernsthaft, wann dieser Unsinn mit den Nachtragskrediten aufhört. Normalerweise budgetiert man und sorgt dafür, dass das Budget eingehalten wird. Würde es sich um extern verursachte Kosten handeln, könnte man das akzeptieren. Aber es sind intern verursachte Kosten, weil es die geschützte Werkstatt nicht schafft, sich daran zu halten. Einige wenige Posten liessen sich vielleicht noch begründen. Mit den Nachtragskrediten muss endlich Schluss sein. Versuchen Sie so etwas einmal in der Privatwirtschaft, da würde Ihnen der CEO kräftig den Marsch blasen. Aus diesem Grund lehnen wir die Nachtragskredite, wie schon in der Vergangenheit, konsequent ab.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Nachtragskredite I. Serie 2025 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK) zu genehmigen:

3. Ordentliche Nachtragskredite

Antrag 001.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:



Sven Sobernheim (GLP): Die Schutzraumkontrolle war bereits im Rahmen des Budgets 2025 ein Thema. Damals lehnte der Gemeinderat die Schaffung von zwei neuen Stellen für Schutzraumkontrolleur*innen ab. Er war der Meinung, dass die Einhaltung des Bundesrechts auch ohne diese Stellen sichergestellt werden kann. Mit dem Nachtragskredit beantragt Schutz & Rettung nun Mittel für externe Kontrolleure statt für eigenes Personal, obwohl in den Antworten zum Budget 2025 ausgeführt wurde, dass sich externes Personal nicht bewährt habe und auch keines zu finden sei. Die Mehrheit der Kommission spricht sich daher für die Streichung dieses Nachtragskredits aus. Die Mehrheit hat sich allerdings verändert: Im Vergleich zur Budgetdebatte sprechen sich heute deutlich mehr Parteien für eine Streichung aus. Warum? Kurz und prägnant: Schutz & Rettung und das Sicherheitsdepartement versuchen, uns an der Nase herumzuführen. Gemäss den Antworten zum Budget 2025 wurde bereits im Zuge des Budgets 2024 eine zusätzliche Stelle als Fachspezialist*in Schutzbau bewilligt. Damals standen 1 Stellenwert und 0,5 Stellenwerte für externe Unterstützung zur Verfügung. Im Rahmen der Beratung zum aktuellen Nachtragskredit forderten wir nun eine detaillierte Statistik. Während es im Jahr 2019 noch 1 Stellenwert war, waren es im Jahr 2022 1,2 Stellenwerte und ab dem Jahr 2024 1,4 Stellenwerte. Was ist mit diesen Stellen geschehen? Man könnte argumentieren, die Stelle sei nicht notwendig gewesen, weil die Kontrollen trotzdem durchgeführt werden konnten. Im Jahr 2022 gab es 845 Kontrollen, im Folgejahr 905 und im Jahr 2024 397. Schutz & Rettung verweist auf zusätzliche Nachkontrollen: 981 im Jahr 2022, 1286 im Folgejahr und 632 im Jahr 2024. Was hat unsere Stellenschaffung bewirkt? Eine Halbierung der durchgeführten Kontrollen. Es entspricht nicht dem Willen der Mehrheit des Gemeinderats, dieses Chaos mit weiteren Stellen zu kaschieren. Ich beantrage Ihnen deshalb, die Streichung des Nachtragskredits zu unterstützen. Für die GLP darf ich es noch drastischer formulieren: Ich unterstelle Schutz & Rettung, dass hier gezielt Stellen in der Schutzraumkontrolle geschaffen werden wollten, mit dem Ziel, diese später zu transferieren. Solche Stellen sind aufgrund der aktuellen weltpolitischen Lage gut begründbar und damit völlig unbestritten. Anders lässt es sich nicht erklären, weshalb trotz geschaffener Stellen die Stellenzahlen kaum gestiegen sind und gleichzeitig die Zahl der Kontrollen drastisch einbricht.

Jürg Rauser (Grüne): Wir haben das Thema in der Fraktion nochmals diskutiert und schliessen uns der Mehrheit an. Dies geschieht aber nicht aufgrund der von Sven Sobernheim (GLP) vorgebrachten Begründung. Seinen Verdacht teilen wir nicht, und entsprechende Überlegungen waren auch nicht Teil unserer Diskussion.

S. 8	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
	2550	Schutz & Rettung			
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat			150 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat



150 000

0 Mehrheit

Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Die Kontrollen von Schutzräumen sind nicht zu intensivieren (Bestätigung Antrag Budgetvorlage).

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

4. Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sven Sobernheim (GLP): Der Gemeinderat hat im Budget 2024 in der Fachstelle für Gleichstellung eine Stelle für Antisemitismus geschaffen. Eine Mehrheit wollte an dieser Schaffung festhalten, was bereits in der Beratung zum Budget 2025 angekündigt wurde. Die Stelle sollte weiterhin bei der Fachstelle für Gleichstellung angesiedelt bleiben. Für 10 000 Franken wurde sie entsprechend neu ausgeschrieben. Die Organisation der Verwaltung liegt grundsätzlich in der Zuständigkeit des Stadtrats – das ist auch dem antragstellenden Teil der Rechnungsprüfungskommission (RPK) bewusst. Hätte der Stadtrat aber eine ernsthafte Prüfung vorgenommen, wären wir heute wohl weniger trotzig. Denn laut Auslegung des Präsidialdepartements (PRD) wurden für die organisatorische Ansiedlung der Stelle nur die Dienstabteilungen Integrationsförderung, Fachstelle Gewaltprävention und Fachstelle Brückenbauer geprüft. Die Fachstelle für Gleichstellung wurde hingegen nicht in Betracht gezogen. Das Wort Gleichstellung taucht im gesamten Dokument zweimal auf: einmal im Kontext mit der Zusammensetzung des Gremiums und einmal im Antrag des Gemeinderats, mit dem die Stelle geschaffen wurde. Ich beantrage Ihnen daher, die Ernsthaftigkeit dieses Parlamentsauftrags zu unterstreichen und die Übertragung der Stelle abzulehnen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Mit den Nachtragskrediten I. Serie 2025 beantragt das PRD eine ordentliche Kreditübertragung der Stelle zur Bekämpfung von Antisemitismus von der Fachstelle für Gleichstellung zur Stadtentwicklung. Eine Minderheit der RPK lehnt dies ab. Gemäss Antrag des Stadtrats soll die Stelle künftig bei der Integrationsförderung angesiedelt werden. Neu heisst diese Fachstelle Diversität, Integration und Antirassismus (DIA). Die Fachstelle für Gleichstellung hat eine andere Kernkompetenz: Sie ist zuständig für die Förderung geschlechtlicher und intergeschlechtlicher Gleichstellung



*in allen Lebensbereichen. Die Stelle zur Bekämpfung von Antisemitismus passt besser in die Fachstelle DIA, da diese als Kompetenz- und Koordinationszentrum für Rassismusfragen fungiert. Die Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus stehen in engem Zusammenhang mit der Bekämpfung von Rassismus – hier entstehen wichtige Synergien. Der oder die Stelleninhaber*in soll eine klare Ansprechperson für Antisemitismus in der Verwaltung sein, was bisher fehlt. Aus diesen Gründen unterstützt die Mehrheit der RPK den Antrag des Stadtrats und lehnt den Änderungsantrag ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): *Die Stadtpräsidentin hat bereits in der Budgetberatung angekündigt, das Budget für diese Stelle zu übertragen. Der Antrag zur ordentlichen Kreditübertragung liegt nun vor. Mit der Ansiedlung der Stelle im PRD wird deutlich gemacht, dass Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist. Da sind wir uns einig. Der Gemeinderat hat jedoch die Budgetmittel für die Stellenausschreibung einer bestimmten Dienstabteilung zugeschrieben und keine Option offengelassen, diese Mittel mit den Nachtragskrediten zu übertragen. Zwar kann der Stadtrat eine solche Übertragung grundsätzlich beantragen, doch in diesem Fall hat der Gemeinderat die Stelle ausdrücklich an einem bestimmten Ort beantragt – hätte er das anders gewollt, hätte er es nicht so beschlossen. Entgegen der Ausführung von Markus Haselbach (Die Mitte) sind wir weiterhin der Ansicht, dass die Fachstelle für Gleichstellung der richtige Ort für diese Stelle ist. Insbesondere, da Antisemitismus nicht mit Rassismus gleichgesetzt werden kann und antisemitische Erfahrungen oft mit weiteren Diskriminierungsformen verknüpft sind. Die Fachstelle für Gleichstellung hat das Wissen und die Kompetenz, hier wirksam vorzugehen. Aus diesen Gründen lehnt die AL die Übertragung ab.*

Martin Bürki (FDP): *Sven Sobernheim (GLP) hat gesagt, dass der Stadtrat den Auftrag des Gemeinderats ernst nehmen soll. Normalerweise bin ich auch dafür. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Stelle, die jetzt geschaffen wird, auf dem Postulat GR Nr. 2023/565 basiert. Für alle, die es schon länger nicht mehr gelesen haben, zitiere ich den letzten Abschnitt: «Sollte der Stadtrat der Ansicht sein, Budgetmittel seien an einem anderen Ort als der Fachstelle für Gleichstellung besser geeignet, das Ziel zu erreichen, wird er eingeladen, mit den Nachtragskrediten I/2024 eine Kreditübertragung zu beantragen.» Zwar hat der Stadtrat ein Jahr länger gebraucht, aber wenn wir als Gemeinderat ihm dies erlauben und er es dann umsetzt, ist es absurd zu behaupten, er würde den Auftrag des Gemeinderats nicht akzeptieren. Wir vertrauen der Zuordnung des Stadtrats und stimmen mit der Mehrheit.*

Sven Sobernheim (GLP): *Martin Bürki (FDP), unsere Differenz besteht einzig hinsichtlich der Prüfung der Ansiedlung der Stelle durch den Stadtrat. Wie dem Prüfungsdokument zu entnehmen ist, hat der Stadtrat alle Fachstellen im PRD geprüft, ausser der Fachstelle für Gleichstellung. Ohne eine ernsthafte Prüfung kann dieser letzte Satz nicht als Begründung herangezogen werden. Eine Güterabwägung haben wir nicht erkennen können; stattdessen zeigt sich lediglich, dass der Stadtrat die Stelle von Anfang an an einem bestimmten Ort ansiedeln wollte. Wenn man eine Dienstabteilung umbenennen*



muss, damit eine Stelle dort hineinpasst, dann ist der Auftrag nicht erfüllt, lieber Markus Haselbach (Die Mitte).

S. 19	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
	von	
	1506	Fachstelle für Gleichstellung (ZFG)
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
	3050 00 000	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten
	3052 00 000	AG-Beiträge an Pensionskassen
	3053 00 000	AG-Beiträge an Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen
	3054 00 000	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse
	nach	
	1505	Stadtentwicklung (STEZ)
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
	3050 00 000	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten
	3052 00 000	AG-Beiträge an Pensionskassen
	3053 00 000	AG-Beiträge an Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen
	3054 00 000	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse

		Betrag		Stimmen
002.	Antrag Stadtrat	145 000	Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
		9 100		
		14 900		
		500		
		<u>1 500</u>		
		171 000		
	Neu	0	Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)

Begründung: Die Mehrheit des Gemeinderats hat die Stelle bewusst bei der Fachstelle für Gleichstellung budgetiert.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 003.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Es geht um die Internalisierung der Reinigungsarbeiten bei den Züri-WC. Das klingt zunächst sehr technisch, ist aber für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von grosser Bedeutung. Der Gemeinderat hat bereits vor längerer Zeit entschieden, dass die Stadt das Reinigungspersonal selbst anstellen soll. So garantieren wir gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne – zumal der Mindestlohn im privaten Sektor derzeit noch rechtlich umstritten ist. Wir haben eher zufällig bemerkt, dass bei der Umsetzung keine vollumfängliche Internalisierung vorgesehen ist. Laut Begründung zum Nachtragskredit findet die Stadt trotz grosser Bemühungen kein eigenes Personal. Auf Nachfrage stellte sich heraus, dass vier Stellen nicht internalisiert, sondern weiterhin



an private Reinigungsunternehmen ausgelagert werden sollen. Bei den zwei Stellen im Bereich der Sozialen Einrichtungen und Betriebe soll das auch so bleiben. Die Kreditübertragung unterstützen wir daher teilweise gerne. Bei den anderen beiden Stellen setzen wir uns hingegen für eine Internalisierung ein: Gerade bei den ZüriWC sind die Arbeitsbedingungen besonders herausfordernd. Darum ist es wichtig, dass die Löhne fair und die Arbeitsbedingungen möglichst gut sind. Selbstverständlich ist das nicht von heute auf morgen möglich. Das Personal muss zunächst gefunden werden, was aber sicher zeitnah gelingen wird. Den Betrag haben wir dahingehend angepasst, dass die zwei Stellen bis Ende September internalisiert werden können. Sollte es bis Ende Oktober dauern, würde das eine kleine Differenzbegründung nach sich ziehen, das wäre völlig in Ordnung. Doch die Umsetzung sollte natürlich lieber früher als später gelingen. Den Betrag des Stadtrats haben wir grundsätzlich übernommen, allerdings sollen 60 000 Franken bei der Kreditübertragung nicht genehmigt werden, um die Internalisierung in Auftrag zu geben.

Sven Sobernheim (GLP): *Der Stadtrat hat uns seinen Plan für das Insourcing der Reinigungsleistungen vorgelegt. Eine Mehrheit hat diesem Plan zugestimmt und dabei die «Variante 100» nicht unterstützt. Somit war völlig klar, dass weiterhin externe Dienstleistungen in Anspruch genommen werden. Dieses Vorgehen verfolgt der Stadtrat nun mit dem vorgelegten Nachtragskredit. Eine Minderheit beantragt, den Änderungsantrag abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): *Im Budget 2025 wurden dreizehn Stellen für das Insourcing der ZüriWC genehmigt. Insourcing von Reinigungskräften bei den ZüriWC bedeutet, alle Stellen zu internalisieren – nicht nur rund 90 Prozent. Damit ist alles Wesentliche gesagt. Den Rest hat der antragstellende Florian Utz (SP) bereits ausführlich erläutert. Interessant war jedoch die Entwicklung der Recherchearbeit im Zuge der Beratung der Nachtragskredite I. Serie für die noch nicht internalisierten Stellen. Von den anfangs acht nicht besetzten Stellen sind nur noch zwei übriggeblieben. Der Stadtrat begründet die Nicht-Internalisierung dieser Stellen damit, dass eine externe Wochenend- und Ferienvertretung benötigt werde, weshalb der externe Anbieter auf einem minimalen Sockelpensum bestehe. Unserer Meinung nach sollten Vertretungsfragen durch eigenes Personal gelöst werden. Besonders in dieser Branche ist eine städtische Anstellung einer bequemen Vertretungslösung eindeutig vorzuziehen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Beim Geschäft TOP 12 haben Sie sich noch für Sans-Papiers stark gemacht, die Lohndumping betreiben und der Reinigungsbranche nachweislich erheblichen Schaden zuführen. Und jetzt, nur wenige Geschäfte später, sprechen Sie sich plötzlich für gute Arbeitsbedingungen beim Reinigungspersonal aus. Merken Sie nicht, wie widersprüchlich Ihre Politik ist? Entweder sind Sie für Lohndumping oder dagegen, aber Ihre Meinung innerhalb weniger Minuten zu wechseln, ist unglaublich.*



8 / 10

S. 21	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
	3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz
	von	
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals
	3042 00 000	Verpflegungszulagen
	3050 00 000	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten
	3052 00 000	AG-Beiträge an Pensionskassen
	3053 00 000	AG-Beiträge an Unfall- und Personal-Haftpflichtversicherungen
	3054 00 000	AG-Beiträge an Familienausgleichskasse
	nach	
	3144 00 000	Unterhalt Hochbauten, Gebäude

		Betrag		Stimmen
003.	Antrag Stadtrat	370 900	Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		7 400		
		23 800		
		43 100		
		1 000		
		<u>3 800</u>		
		450 000		
	Neu	310 900	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Barbara Wiesmann (SP)
		6 200		
		20 000		
		36 100		
		800		
		<u>3 200</u>		
		377 200		

Begründung: Die Internalisierung der ZüriWC-Reinigung soll vollständig umgesetzt werden, um akzeptable Arbeitsbedingungen und faire Löhne für das Personal sicherzustellen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)

Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

1. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als I. Serie zusammenfassend folgende ordentliche Nachtragskredite bewilligt:

Ordentliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	30 762 200
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	7 543 900
Total	38 306 100



10 / 10

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als
I. Serie zusammenfassend folgende ordentliche Kreditübertragungen bewilligt:

Ordentliche Kreditübertragungen	Betrag
Erfolgsrechnung	+11 684 800 -12 194 800
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	+2 520 000 -2 010 000
Total	0

Unter Ausschluss des Referendums:

3. Im Budget 2025 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Aufstellung als
I. Serie zusammenfassend folgende dringliche Nachtragskredite genehmigt:

Dringliche Nachtragskredite	Betrag
Erfolgsrechnung	4 697 000
Investitionsrechnung	7 595 000
Total	12 292 000

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 16. Juli 2025 gemäss Art. 37
der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat